

Ein falsches Signal

Mit dem Beschluss zur Einführung einer Verpackungssteuer setzt die Stadt Frankfurt ein Zeichen – allerdings nicht für den dringend benötigten Abbau von Regulierungen, sondern für eine Ausweitung bürokratischer Belastungen für Unternehmen.

Foto: Picture Alliance / SvenSimon, Frank Hoermann



Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Anfang 2025 zur kommunalen Verpackungssteuer in Tübingen prüfen auch hessische Städte deren Einführung. In Frankfurt ist die Entscheidung kürzlich gefallen: Am 6. November hat die Stadtverordnetenversammlung die Einführung einer Verpackungssteuer beschlossen. Die IHK Frankfurt lehnt das Vorhaben ab. Ihre Vollversammlung hatte sich bereits am 21. Oktober ein-



„Ich wünsche mir politische Lösungen, die das Unternehmen entlasten – und nicht solche, die uns weiter in die Verwaltung drängen.“

Dr. Kai A. Schnorr, Geschäftsführender Gesellschafter, Gewürz- und Teehaus Schnorr

stimmig gegen die Einführung kommunaler Verpackungssteuern ausgesprochen. Ende September hatten sich zu-



„Die Idee, Verpackungsmüll zu reduzieren, unterstützt ich grundsätzlich. Aber der Weg über eine kommunale Steuer scheint mir nicht durchdacht.“

Matthias Schönberger, Geschäftsführer, MoschMosch

vor alle zehn hessischen IHKs gegen die Einführung von Verpackungssteuern positioniert. Aus Sicht der IHKs verursacht die Steuer zusätzliche Bürokratie und ist nicht dafür geeignet, das Müllaufkommen in den Kommunen zu reduzieren.

KMU trifft es besonders hart

Besonders betroffen wären kleine und mittlere Betriebe. Gastronomie, Einzelhandel, Kantinen und Veranstaltungsbranche müssten ihre Mitarbeiter schulen, komplexe Nachweispflichten erfüllen und sich auf unterschiedliche Regelungen in jeder Kommune einstellen. Der damit verbundene Aufwand trifft Branchen, die ohnehin unter Personal-

mangel und hohem Kostendruck leiden. „Die Idee, Verpackungsmüll zu reduzieren, unterstütze ich grundsätzlich. Aber der Weg über eine kommunale Steuer erscheint mir nicht durchdacht“, betont Matthias Schönberger, Geschäftsführer, MoschMosch, Frankfurt. Unterschiedliche Regelungen in jeder Stadt, komplexe Nachweispflichten und zusätzlicher Verwaltungsaufwand binden Ressourcen, die dringend für das Kerngeschäft

benötigt würden: „Ich wünsche mir, dass Frankfurt bürokratische Hürden abbaut, anstatt neue aufzubauen.“

Eine zusätzliche Abgabe wie die kommunale Verpackungssteuer bedeutet dagegen mehr Verwaltungsaufwand, mehr Kontrollpflichten und höhere Kosten. „Ich sehe mit Sorge, was eine kommunale Verpackungssteuer für unseren Alltag bedeuten würde“, sagt Dr. Kai A. Schnorr, geschäftsführender Gesellschafter, Gewürz- und Teehaus Schnorr, Frankfurt. „Schon jetzt kämpfen wir mit Personalmangel und steigenden Kosten.“ Wenn dann noch zusätzliche Dokumentationspflichten, Schulungen und steuerliche Abgrenzungen hinzukämen, wäre das für kleine Betriebe kaum noch leistbar. „Deshalb wünsche ich mir politische Lösungen, die das Unternehmen entlasten, und nicht solche, die uns weiter in die Verwaltung drängen.“



„Die Stadt Frankfurt hat kürzlich die Bußgelder für weggeworfenen Müll erhöht und die Kontrollen ausgeweitet – das ist der richtige Ansatz, um Fehlverhalten wirksam zu reduzieren.“
Michael Schramm, geschäftsführender Gesellschafter, Isoletta-Gruppe

Bürokratie mit neuen Abgaben und Nachweispflichten die größere Belastung, weil sie unnötig viel Aufwand in den Arbeitsalltag bringt.“

Müllvermeidung sollte das Ziel sein

Neben den steigenden Bußgeldern und den verstärkten Kontrollen sollten zusätzlich bessere Entsorgungsmöglichkeiten wie größere und auffällige Müllbeimer sowie eine Erhöhung der Leerungsszylen in den Blick genommen werden. Die IHK Frankfurt fordert daher, dass die Kommunen von



„Die Erfahrungen aus Tübingen zeigen, wie anspruchsvoll die praktische Umsetzung einer kommunalen Verpackungssteuer sein kann.“

Dr. Alexander Theiss, Geschäftsführer, IHK Frankfurt



IHK ONLINE

Bußgelder erhöhen, Kontrollen ausweiten

Fiskalisch betrachtet basiert die Steuer auf einem widersprüchlichen Prinzip: Einnahmen entstehen nur, wenn Einwegverpackungen weiterhin stark genutzt werden. Gleichzeitig verursacht die Umsetzung hohe Fixkosten für Compliance und Verwaltung, unabhängig vom Umsatz. Dies belastet personalintensive Betriebe unverhältnismäßig stark. „Die Stadt Frankfurt hat kürzlich die Bußgelder für weggeworfenen Müll deutlich erhöht und die Kontrollen ausgeweitet – das ist der richtige Ansatz, um Fehlverhalten wirksam zu reduzieren“, meint Michael Schramm, geschäftsführender Gesellschafter, Isoletta-Gruppe, Frankfurt. „Für uns Gastronomen bleibt dagegen die wachsende

der Einführung einer Verpackungssteuer absehen und dagegen gezielte Maßnahmen zur Müllvermeidung im Mittelpunkt stehen. „Die Erfahrungen aus Tübingen zeigen, wie anspruchsvoll die praktische Umsetzung einer kommunalen Verpackungssteuer sein kann. Auslegungshinweise zur Satzung auf über 20 Seiten sowie zahlreiche Ausnahmen und Detailregelungen erschweren den Betrieben vor Ort die Anwendung im Alltag erheblich“, kritisiert Dr. Alexander Theiss, Geschäftsführer Standortpolitik, IHK Frankfurt. Bereits heute wenden die Betriebe des Gastgewerbes 14 Stunden pro Woche und der Einzelhandel rund 38 Stunden pro Monat für Bürokratie auf: „Die Unternehmen brauchen hier dringend Entlastung und nicht noch mehr Bürokratie.“

Den Politikbrief der IHK Frankfurt zur kommunalen Verpackungssteuer können Sie hier nachlesen:

www.frankfurt-main.ihk.de
Politikbriefe



DER AUTOR



Martin Süß

Referent, Standortpolitik, IHK Frankfurt
m.suess@frankfurt-main.ihk.de